

Archiv

## Archiv-Suche

Frontseite

Aktuelle Ausgabe

PDF-Version

Archiv

Dossiers

Archiv-Suche

Rezept-Suche

Ihre Meinung

Angebote

Beratung

Marktplatz

Unterhaltung

Abonnement

Kontakt Coopzeitung

Impressum Coopzeitung




Suchbegriff

Ausgabe

Ressort

Anzeigen

Coopzeitung 18/2003 - Politik/Wirtschaft

### Wurde das Fuder überladen?

Am 18. Mai entscheidet das Volk über neun Vorlagen. Ein Rekord! Und «ein Ungetüm», findet die Politologin Regula Stämpfli.

Herbert Fischer

*Coopzeitung: Am 18. Mai soll das Schweizer Volk über neun Vorlagen entscheiden. Schütteln deswegen auch Sie den Kopf?*

*Regula Stämpfli: Selbstverständlich. Das Paket ist eindeutig zu gross. Und zwar nicht allein bezüglich seines Umfangs, sondern auch qualitativ. Es ist ungeschickt, so viele Themen auf einmal vorzulegen - von Gesundheitspolitik über Armee reform und Energiefragen bis zur Lehrstellen- und zur Behinderten-Initiative. Wenn schon Fachleute Mühe mit einer derartigen Fülle haben - wie sollen denn erst recht die «gewöhnlichen Leute» so viele Fragen aufs Mal beantworten? Und dies nur mit Ja oder Nein, was politisch sehr undifferenziert ist.*

*Aber letztlich reduzieren sich Abstimmungen stets auf eine Ja- oder eine Nein-Antwort. Genau darum ist es problematisch, so viele Fragen aufs Mal zu stellen! Schon eine einzelne Vorlage kann die Stimmbürger stark fordern, weil sie auf ein Ja oder Nein reduziert wird. Wenn wir schon die politische Polarisierung beklagen, die deutlich stärker geworden ist, so wird dieses Schwarz-Weiss-Denken noch verstärkt, wenn dem Volk gleichzeitig neun völlig verschiedene Vorlagen unterbreitet werden.*

*Weshalb ist ein solches Mega-Paket überhaupt möglich? Gibt es keine «Sicherungen» gegen solchen Unsinn?*

Das Problem ist, wie so vieles in der Schweiz, hausgemacht. Anlässlich der Beschleunigungs-Initiative der SVP hat sich der Bundesrat ausdrücklich verpflichtet, jede Initiative nach Verabschiedung durch das Parlament innert neun Monaten vors Volk zu bringen. Nun hat das Parlament in der Dezembersession 2002 sieben Vorlagen verabschiedet. Dem Bundesrat waren also die Hände gebunden: Er konnte die Abstimmungen nicht verschieben, ohne gleichzeitig den Wahlkampf vom Oktober 2003 zu beeinflussen. Also gab es für die sieben Initiativen nur noch den 18. Mai, alles andere wäre schwierig gewesen.

*Aber die Armee reform und die Vorlage zum Bevölkerungsschutz gehören nicht zu diesen sieben Vorlagen, sind keine Initiativen, sondern gelangen wegen Referenden vors Volk. Richtig. Bei diesen beiden Vorlagen hätte es etwas mehr zeitlichen Spielraum gegeben. Doch unmittelbar im Vorfeld der Herbstwahlen 2003 war auch das schwierig.*

*Der Bundesrat konnte also gar nicht anders?*

Help-Desk



Archiv

Im Online-Archiv finden Sie alle Coopzeitungs-Artikel und -Links seit Mitte 1998.

Newsletter-Abo



Online Fotoservice



Artikel

Links

So ist es. Das Parlament hat diese Mega-Packung zu verantworten. Leider sind ihm einige Fehlplanungen unterlaufen. Sowohl das Ratspräsidium, die Fraktionen als auch die Parlamentsverwaltung hätten die gleichzeitige Behandlung von sieben Initiativen vermeiden müssen. Darum haben wir nun dieses Ungetüm mit den total neun Vorlagen.

*«Ungetüm» - genau so kommt das beim Volk an. Wird es Leute geben, die aus Protest zu Hause bleiben und die auch brieflich nicht abstimmen? Oder Leute, die einfach alles ablehnen? Was weiss die Politologie über die Formen des Protests in der direkten Demokratie?*

Diese Formen gibt es, allerdings zumeist auf der Strasse; der Eklat - sofern er sich denn überhaupt irgendwann und irgendwo tatsächlich entlädt - findet dort statt. Tradition ist es hierzulande nicht, aus Protest einen Urnengang zu verweigern. Hingegen kommt es vor, dass aus Protest leere Stimmzettel eingelegt werden. Es wird interessant sein, wie es am 18. Mai diesbezüglich aussehen wird.

*Also werden Leute wegen der einen oder anderen Vorlage Ja oder Nein stimmen, bei anderen hingegen - die sie weniger interessieren - aus Protest gegen dieses «Ungetüm» leer einlegen?*

Das halte ich für denkbar. Die Gesundheits- und die Behinderten-Initiative haben das Potenzial, zum Urnengang speziell zu mobilisieren, auch die Atomstrom-Vorlagen.

*Welche Typologien von Abstimmenden kennt die Wissenschaft?*

Sie unterscheidet drei Kategorien. Erstens jene, die stets zu Hause bleiben und auch brieflich nicht abstimmen - egal, worum es geht. Zweitens: Jene, die von Fall zu Fall abstimmen oder nicht - je nachdem, ob sie von einer Vorlage betroffen sind oder nicht; das sind jene, die durch einzelne Vorlagen mobilisiert werden können. Und drittens die regelmässigen Urnengänger - jene also, die fast keine Abstimmung und auch keine Wahl verpassen.

*Ist das «Ungetüm» vom 18. Mai 2003 eigentlich eine Premiere?*

Ja. Allerdings kamen schon am 17. Mai 1992 sieben Vorlagen zusammen vors Volk. Unter anderem der heiss diskutierte Beitritt der Schweiz zu den Abkommen von Bretton Woods oder der ebenfalls brisante Verfassungsartikel über Fortpflanzung und Gentechnologie. Mobilisiert hat damals vor allem Bretton Woods.

*Sieben Vorlagen ... - und kein Hahn krächte danach?*

In der Bevölkerung nicht, und schon gar nicht in dem Ausmass wie jetzt im Hinblick auf den 18. Mai 2003. Die politische Elite hingegen hatte auch damals ihre Vorbehalte gegen sieben Vorlagen aufs Mal.

*Was weiss die Politologie über die Gefahr, ein Fuder so zu überladen wie jetzt?*

Etwas, dass die Stimmbeteiligung an jenem 17. Mai 1992 bei 38,6 Prozent lag. Dass es kaum Leerstimmen gab. Und dass bei allen Geschäften die Position der Regierung obsiegte. Es gingen vor allem die regelmässigen Stimmbürger zur Urne. Dies im Gegensatz zur EWR-Abstimmung im selben Jahr. Da nahmen sage und schreibe 78,3 Prozent teil und der EWR-Beitritt der Schweiz wurde mit hauchdünnen 50,3 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt!

*Vorlagen, die mobilisierend wirken, erreichen somit vor allem auch jene, die nur von Fall zu Fall abstimmen, weil ja die «treuen» Stimmbürger so oder so abstimmen?*

So ist es.

*Was heisst das nun mit Blick auf den 18. Mai 2003?*

Es gibt einzelne Geschäfte - eben etwa die Gesundheits- und die Behinderten-Initiative und die Atomstrom-Vorlagen - die stark mobilisieren könnten.

*Jetzt ergibt sich aber eine besondere Ausgangslage: Ein Komitee wirbt mit zwei Ja (für*

## Top-Links

Die wichtigsten Links der Schweiz auf einen Blick.



*Armeereform und Bevölkerungsschutz) und für sieben Nein, weil die sieben Initiativen «Milliardenkosten» verursachen würden. Eine geniale Verknappung der Abstimmungsempfehlung, jedenfalls aus bürgerlicher Sicht, woher diese Losung ja auch kommt.*

Das Generalsekretariat der CVP hat dies - im Auftrag eines überparteilichen Komitees - kampagnentechnisch geschickt gelöst. Die Botschaft 7 x Nein polarisiert. Und sie ist verständlich. Dies erlaubt es, sieben Initiativen auf eine einzige Gegenkampagne zu reduzieren. Die Komitees hinter den sieben Initiativen hingegen können sich nicht hinter einer solchen Unité de Doctrine vereinen, weil sie ganz unterschiedliche Anliegen haben.

*Ist diese Parole nicht letztlich eine höchst fragwürdige Schwarz-Weiss-Malerie, die ins Auge gehen kann?*

Das ist durchaus möglich. Wenn Leute, die sich durch eine der sieben Initiativen angesprochen fühlen, überdies einen Rundumschlag irritiert sehen, dann kann dies auch - «jetzt erst recht» - sieben Mal Ja bewirken. Dieses überparteiliche Komitee unter Federführung des CVP-Generalsekretariats geht auch ein Risiko ein mit der Strategie, sich den inhaltlichen Diskussionen über die einzelnen Initiativen zuverweigern. Dies haben die letzten Umfragen zur Gesundheitsinitiative gezeigt.

*Kampagnen können somit den Anliegen, die sie eigentlich schmackhaft machen sollten, schaden?*

Manchmal kann dies tatsächlich der Fall sein.

*Nicht allein Abstimmungskampagnen können das Stimmverhalten beeinflussen. Auch politische Ereignisse oder wichtige Neuigkeiten im Vorfeld einer Abstimmung.*

Sicher. Zwei Meldungen kommen mir in den Sinn, die für die Abstimmung wichtig werden könnten. Ich erinnere erstens daran, dass am 17. April bekannt geworden ist, dass die Krankenkassen-Franchisen angehoben werden sollen. Und zweitens, dass in der gleichen Woche verlautete, dass der Energieverbrauch in der Schweiz im letzten Jahr enorm gestiegen ist. Die erste Nachricht könnte sich zugunsten der Gesundheits-Initiative auswirken, die zweite zuungunsten der beiden Atom-Initiativen.

*Lässt sich aus der Fülle der Vorlagen vom 18. Mai ableiten, dass den Kampagnen eine höhere Bedeutung zukommt, als wenn die Zahl der Vorlagen übersichtlicher und ihre Inhalte verständlicher sind?*

Kampagnen alleine entscheiden nicht über den Ausgang von Urnengängen. Mehrere Faktoren spielen mit eine Rolle: Zum Beispiel die schon gemachten Meinungen, das Regierungsvertrauen und die politischen Grundhaltungen. Die Politologie geht davon aus, dass eine Kampagne zu einer einzelnen Vorlage fünf Prozent der Stimmen für das Ja- oder für das Nein-Lager bewirken kann und nicht viel mehr.

*Welche Rolle spielen die Empfehlungen des Bundesrats?*

Eine grosse. In der Schweiz herrscht grosses Regierungsvertrauen und das Bundesbüchlein findet auch entsprechend Beachtung. So gesehen haben die Initiativen vom 18. Mai einen schweren Stand.

### **Regula Stämpfli**

Regula Stämpfli ist Politologin und promovierte über das Thema «Mit der Schürze in die Landesverteidigung. Frauenemanzipation und Schweizer Militär 1914-1945». Sie arbeitet und lebt in Brüssel und Bern und ist Autorin mehrerer Studien zu Themen der direkten Demokratie, Wahl- und Abstimmungsforschung, der Europäischen Union sowie der politischen Kommunikation. Im März erschien im Orell Füssli Verlag ihr Buch «Vom Stummbürger zum Stimmbürger - das ABC der Schweizer Politik». Sie ist verheiratet und Mutter dreier Buben im Alter von drei, sechs und acht Jahren.

### Die Vorlagen vom 18. Mai 2003

Über diese neun Vorlagen wird am 18. Mai 2003 abgestimmt:

**Militärgesetz (Armee XXI).** Die Armee wird um rund einen Drittel verkleinert. Gegen die Reform ist das Referendum ergriffen worden.

**Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz.** Beim Zivilschutz werden die Bestände verkleinert und die Dienstpflichtdauer verkürzt, die Qualität und die Vielseitigkeit aber erhöht. Gegen die Vorlage ist das Referendum ergriffen worden.

**Initiative «Ja zu fairen Mieten».** Sie verlangt, dass sich Hypothekarzinsensenkungen stärker auf die Mietzinse auswirken und fordert einen Ausbau des Kündigungsschutzes.

**«Sonntags-Initiative».** Sie verlangt, dass der private Motorfahrzeugverkehr in der Schweiz an vier Sonntagen pro Jahr ruht.

**«Gesundheitsinitiative».** Sie will die Finanzierung der obligatorischen Krankenversicherung grundlegend ändern. Dazu soll die Mehrwertsteuer erhöht werden und die Beiträge der Versicherten sollen von deren wirtschaftlichen Situation abhängen.

**Initiative «Gleiche Rechte für Behinderte».** Sie beauftragt den Gesetzgeber, für die Gleichstellung der behinderten mit den nicht behinderten Menschen zu sorgen.

**Initiativen «Strom ohne Atom»/ «MoratoriumPlus».** Die «Strom ohne Atom»-Initiative verlangt unter anderem die schrittweise Stilllegung aller Kernkraftwerke. Die «MoratoriumPlus»-Initiative erlaubt für die bestehenden AKWeine Betriebsdauer von mindestens 40 Jahren.

**«Lehrstellen-Initiative».** Sie will den Lehrstellenmangel bekämpfen und fordert für alle Jungen ein Recht auf berufliche Bildung.<sup>ds</sup>

#### Links zum Thema

 [www.admin.ch/ch/d/pore/va/20030518/index](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20030518/index)

**Druckversion**   **PDF-Version**  

